

MILLIARDEN GRAB BER

Die AfD-Fraktion im
BER-Untersuchungsausschuss



BLAUER FRITZ – ZEITUNG DER AFD-FRAKTION BRANDENBURG



Unsere Fraktionszeitung informiert vierteljährlich über unsere parlamentarische Arbeit im Landtag Brandenburg – über Anträge, Anfragen, Reden im Plenum und natürlich über die Arbeit in den Ausschüssen. Der *Blauer Fritz* liegt im Landtag und in den Bürgerbüros unserer Abgeordneten aus, oder er kommt vierteljährlich mit der Post zu Ihnen.

Bestellen Sie den *Blauen Fritz* kostenfrei unter:



[www.afd-fraktion-brandenburg.de/
informationen/der-blaue-fritz/](http://www.afd-fraktion-brandenburg.de/informationen/der-blaue-fritz/)

Es geht um Gerechtigkeit – Gerechtigkeit für die Anwohner, die vom Fluglärm betroffen sind, Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer, die auf den Flughafen und die immer neuen Eröffnungstermine vertraut haben, und Gerechtigkeit für die Gewerbetreibenden, die viel investiert haben und doch nie oder erst viel später als geplant eröffnen konnten.

Aber es geht auch um die politische Verantwortung der Landesregierung. Der Arbeitskreis »Untersuchungsausschuss BER« der AfD-Fraktion Brandenburg hat im Zuge der Recherchen und der Aktenstudien festgestellt, dass allein der Prüfbericht 2010 bis 2013 des Landesrechnungshofs eine komplette Anklageschrift gegen die Landesregierung Brandenburg ist. Der größte Vorwurf: nicht oder nur mangelhaft wahrgenommene Aufsichtspflicht.

Der von der AfD eingebrachte Untersuchungsausschuss ist absolut notwendig, um diesem Vorwurf nachzugehen und politische Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet, für die Bürger Gerechtigkeit herstellen zu können, die Tag für Tag unter dem Fluglärm leiden müssen. Denn mitnichten hat der Flughafen in vollem Umfang Schallschutz gewährleistet, sondern er hat über Jahre nur ein reduziertes Schallschutzprogramm gefahren. Warum? Auf wessen Veranlassung? Mit welchen Auswirkungen? Nur drei von Hunderten Fragen, für die der Untersuchungsausschuss BER Antworten liefern muss.

Daniel Freiherr von Lützwow, Obmann der AfD-Fraktion
im Untersuchungsausschuss BER

Drucksache 7/4948

Einsetzung und Ausstattung eines Untersuchungsausschusses zur »Aufklärung der Ursachen, der Konsequenzen und der Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des eröffneten Flughafens Berlin Brandenburg »Willy Brandt« (BER)« gemäß Artikel 72 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 2 Absatz 1 und § 3 Absatz 2 des Brandenburgischen Untersuchungsausschussgesetzes

Der Landtag möge beschließen:

Gemäß Artikel 72 der Verfassung des Landes Brandenburg wird ein Untersuchungsausschuss zur »Aufklärung der Ursachen, der Konsequenzen und der Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des eröffneten Flughafens Berlin Brandenburg »Willy Brandt« (BER)« eingesetzt.

1. Der Untersuchungsausschuss soll umfassend aufklären:

- 1.1 ob beim Bau des Flughafens in signifikanter Weise die haushälterischen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit missachtet wurden;
- 1.2 ob bei der Ursprungsplanung und der Standortentscheidung schon die Zeichen für die Fehlentwicklungen der Fertigstellung des Flughafens BER gestellt wurden;
- 1.3 welche Folgen die mehrfache Verschiebung des Eröffnungstermins des Flughafens auf Nachunternehmer hatte und welche zusätzlichen Kosten dadurch für die Beteiligten entstanden sind;
- 1.4 welche Möglichkeiten das Land Brandenburg als Gesellschafter der FBB GmbH hatte, um Mehrkosten beim Flughafenbau zu reduzieren;
- 1.5 in welchem Umfang der Schallschutz bei der Ursprungsplanung und sodann bei den Umplanungen berücksichtigt wurde.

2. Der Untersuchungsausschuss soll klären:

- 2.1 ob die Standortentscheidung für Schönefeld in erheblichem Maße zu den Mehrkosten beigetragen hat;
- 2.2 welche Kosten durch die Entwicklung der Infrastruktur im Flughafenumfeld entstanden sind, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entstehung des BER standen;
- 2.3 welche Kosten dem Land Brandenburg als Gesellschafter durch die bis zum für den Untersuchungsausschuss maßgebenden Stichtag durchgeführte Mängelbeseitigung bei den verschiedenen Bauleistungen entstanden sind.

3. Der Untersuchungsausschuss soll im Besonderen klären:

- 3.1 ob bei der Planung des Schallschutzes alle für die festgelegten Flugrouten infrage kommenden Tag- und Nachtschutzgebiete berücksichtigt wurden;
- 3.2 ob die Gutachter, die für den Schallschutz in den Anrainergemeinden bei den Bürgern unterwegs waren, fehlerhaft gearbeitet haben;
- 3.3 nach welchen Vorschriften und Anweisungen die Gutachter dabei vorgegangen sind;
- 3.4 ob eine rechtzeitige Evaluierung des Schallschutzprogrammes nach der jeweiligen Umlegung der Flugrouten stattfand;
- 3.5 welcher Umstand dazu führte, dass kurz vor der Eröffnung des Flughafens BER die Flugrouten geändert wurden;
- 3.6 ob – und wenn ja, in welchem Maße – die kurzfristige Umplanung der Flugrouten zu erheblichen Lärmmehrbelastungen von Anwohnern der nicht in den Tag- und Nachtschutzgebieten liegenden Gemeinden führte;
- 3.7 ob Mehrkosten durch die Standortentscheidung im Bereich Schallschutz entstanden sind;
- 3.8 inwieweit Mehrkosten hätten vermieden werden können, wenn das Fraunhofer-Gutachten von 2016 hinreichend Beachtung gefunden hätte.

Insgesamt umfasst der Untersuchungsauftrag 179 Fragekomplexe zu den verschiedenen Themenkomplexen und ist somit der umfangreichste Untersuchungsausschuss der brandenburgischen Geschichte. Für die Erarbeitung des Untersuchungsauftrages waren umfangreiche Recherchen nötig, die durch den Abgeordneten Daniel Freiherr von Lütow und den leider verstorbenen Abgeordneten Franz Wiese durchgeführt wurden und ein Dreivierteljahr in Anspruch nahmen. Am 23. Februar 2022 beschloss der Landtag die Einsetzung des Untersuchungsausschusses BER.

Daniel Freiherr von Lützow, MdL

Obmann der AfD-Fraktion im Untersuchungsausschuss BER

48 Jahre alt, seit 2014 in der Kommunalpolitik aktiv, im Landtag seit September 2019, kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Wohnt im Flughafenumfeld direkt hinter der Landebahn und hat dadurch schon seit Jahren sehr viel mit dem Schallschutz und mit der gesamten Fluglärmproblematik zu tun.



Was löst der BER bei Ihnen für Emotionen aus?

Wenn ich mir die vielen Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming angucke, die nicht so gut betucht sind, die knapsen, die um jeden Kitaplatz, um jeden sanierten Straßenmeter kämpfen müssen, und dann auf die Milliarden Euro schaue, die der BER verschlungen hat, dann macht mich das nachdenklich. Nicht traurig, nicht wütend, nachdenklich, sehr nachdenklich. Wie verkommen muss Politik sein, um ein völlig falsch geplantes Bauprojekt so lange mit so vielen Milliarden zu füttern?

Hat es in den Jahren der Pleiten und Pannen einen Punkt gegeben, an dem man hätte aus dem Projekt aussteigen müssen?

Diesen Punkt hat es gegeben, und zwar gleich bei dem Beschluss, dass Berlin und Brandenburg einen gemeinsamen Flughafen bauen wollen. Sie hätten schon damals einen Beschluss zu einem sinnvollen Standort fassen müssen. Dann hätte das ganze Projekt vielleicht einen anderen Verlauf genommen. Die Einmischung der Politik hat sich von Anfang an als verhängnisvoll erwiesen und nicht nur die Arbeit der Fachleute behindert, sondern auch dazu

geführt, dass immer neue Milliarden verpulvert wurden. Für ein endgültiges Scheitern wollte niemand die Verantwortung übernehmen.

Warum jetzt der Untersuchungsausschuss?

Wir haben unseren Wählern versprochen, dass wir untersucht werden. Und ein Versprechen muss man auch halten. Die Vorbereitung war viel Arbeit, die wir noch gemeinsam mit unserem verstorbenen Kollegen Franz Wiese begonnen haben. Hinzu

Ungerechtigkeiten auf die Barrikaden geht. Und dieser Flughafenbau ist eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Bürgern. Die Gemeinde Schönefeld kassiert Millionen von Euro im Jahr, Zigmillionen an Gewerbesteuern, aber alle anderen müssen den Lärm ertragen und haben nichts davon.

Und was kommt am Ende der Untersuchung raus?

Ich weiß aus der Anwohnerschaft des Flughafenumfelds, dass man da den Leuten allein durch den Ausschuss wieder Hoffnung gibt, dass



kommt: Man kann nicht Milliarden von Steuergeldern in ein Grab, in ein Loch, reinkippen und reinkippen. Irgendwann fehlt das Geld an anderer Stelle. Da sind viele, viele Ungerechtigkeiten passiert, und ich bin ein Mensch, der bei

doch noch etwas Positives passiert. Von den anderen Landtagsfraktionen wurden sie schmähschlich im Stich gelassen. Es geht letztlich auch darum, den Wählern zu zeigen, dass es Politiker gibt, auf die sie sich verlassen können. ♦

Felix Teichner, MdL

Stellvertretender Obmann im
BER-Untersuchungsausschuss

32 Jahre, drei Kinder, Industriemechaniker, geboren und wohnhaft in der Uckermark. Seit 2016 Mitglied der AfD, seit 2019 Mitglied des Landtages. »Schon meine Eltern waren Systemkritiker in der DDR. Vor der Landtagswahl habe ich in der PCK-Raffinerie gearbeitet, als Mechaniker für Pumpen, Getriebe, Armaturen und Motoren. Technische Prozesse und Arbeitsabläufe sind mir daher vertraut.«



Wenn Sie heute »BER« hören und in die Vergangenheit zurückschauen, was haben Sie da für ein Gefühl?

Es ist irritierend, dass eine früher für ihr Ingenieurswesen berühmte Nation wie Deutschland 15 Jahre braucht, um ein Bauprojekt zu realisieren, das die Chinesen heutzutage innerhalb von zwei bis drei Jahren schaffen. Dabei gewährt Deutschland über günstige KfW-Kredite auch heute noch eine indirekte jährliche Entwicklungshilfe an China in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro. Gerade mit Blick auf die eigenen Defizite, wie sie beim Bau des BER zutage getreten sind, ist

dies schon lange nicht mehr einsehbar. Mittlerweile sind die Chinesen uns in vielen Punkten meilenweit voraus.

Irritierend ist auch, dass es beim BER – trotz langer Vorbereitungsphase – durch Planungsfehler, unseriöse Ausschreibungspraktiken und natürlich durch den hier in Brandenburg bestehenden politischen »Klüngel« zu zahllosen Verzögerungen, Baumängeln und sonstigen Schäden gekommen ist, die zu einer Steuergeldverschwendung in Milliardenhöhe geführt haben. Das gesamte Projekt ist ein Armutszeugnis für viele daran Beteiligte, insbesondere für die Landesregierung.

Hätte man den Flughafen von Anfang an z. B. von den Chinesen bauen lassen sollen?

Man hätte das Projekt von Anfang an von einem privaten Baulastträger managen lassen sollen, ganz gleich, ob es sich dabei um einen ausländischen Investor oder auch um ein Investoren-Modell gehandelt hätte, bei dem zum Beispiel 50



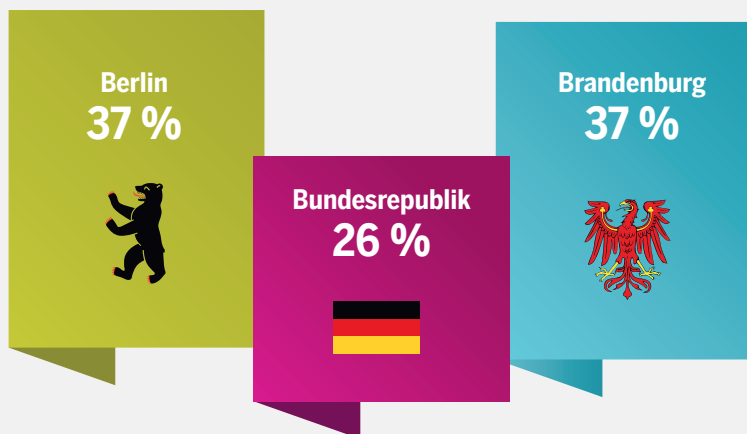
Prozent der Anteile von der deutschen Wirtschaft gehalten worden wären. Ein privater Bauträger hat immer ein Interesse daran, wirtschaftlich und somit effizient zu arbeiten. Zudem ist ihm bewusst, dass er für etwaige Fehler direkt in

Haftung genommen werden kann. Dem Staat bzw. der Regierung hingegen ist es – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – letztlich egal, wie lange ein Projekt dauert oder wie teuer es am Ende wird – für Fehler kommt ja ohnehin der Steuerzahler auf.

Welche Lektionen geben wir den folgenden Generationen von Landespolitikern mit, wie sie mit solchen Großprojekten umgehen sollten?

Je mehr die Politik in solche Großprojekte involviert ist, desto unwahrscheinlicher sind Preistreue und Qualität, desto wahrscheinlicher hingegen sind Fehler bis hin zu den beim Bau des BER eingetretenen Katastrophen. Die Folgerung, die man daraus ziehen muss, ist, dass die Regierung nicht der geeignete Projektmanager für solche Vorhaben ist. Im Untersuchungsausschuss schauen wir nun, wo und wie viele Fehler es tatsächlich gegeben hat und wer die Verantwortlichen sind. Ich bin mir sicher, dass dabei noch manches zutage treten wird. Der Schaden ist bereits angerichtet, doch wir werden dafür sorgen, dass dieser ordentlich aufgearbeitet wird. ♦

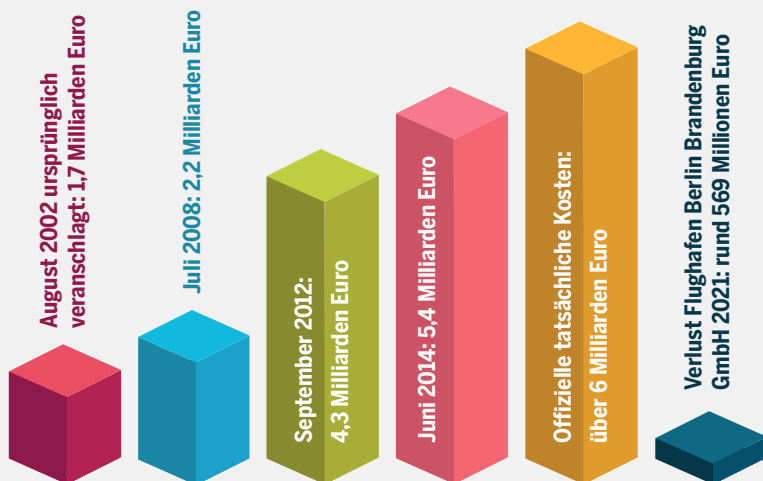
Eigentumsverhältnisse



Eröffnungstermine

30. Oktober 2011 (ursprünglicher Termin)	1.
3. Juni 2012	2.
17. März 2013	3.
27. Oktober 2013	4.
2. Halbjahr 2017	5.
im Jahr 2018	6.
31. Oktober 2020 (tatsächliche Eröffnung)	7.

Entstehungskosten / Bilanzergebnis BER



Größte Pannen

Hohe Energiekosten für leeren Flughafen:

Mit hohen Kosten überraschte der Flughafen 2013. Der nicht eröffnete BER-Flughafen verschlang monatlich einen zweistelligen Millionenbetrag. Das Geld musste für Reinigung, Bewachung, Wartung, Instandhaltung und vor allem Energie aufgebracht werden.

Zu kurze Rolltreppen:

Die Rolltreppen aus dem unterirdischen Bahnhof auf den Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptterminal waren 2013 »plötzlich« zu kurz: Stufen mussten dazugemauert werden.

Fehlerhaftes Material:

Etwa 170 000 Kilometer Kabel sind am BER verlegt. 70 Prozent der Kabel bemängelte der TÜV 2013.

Falsche Raumnummern:

Rund 1300 falsche Raumnummern gab es 2014 am BER. Während der Bauphase wurde jedoch umgeplant und erweitert. So entstanden mehr Check-in-Schalter und ein zusätzliches Zwischengeschoss. Etwa ein Drittel der 4000 Räume waren falsch nummeriert, einige von ihnen waren in den Plänen gar nicht verzeichnet.

Zu früh im Einsatz:

750 Monitore für die Fluggastinformation mussten 2018 ausgetauscht werden, weil sie sechs Jahre mit der allgemeinen Stromversorgung in dem Gebäude mitliefen. Die meisten hätten das Ende ihrer Lebensdauer erreicht, erklärte seinerzeit ein Flughafensprecher.

Sabine Barthel, MdL

Mitglied im BER-Untersuchungsausschuss

59 Jahre, Versicherungsmaklerin, verheiratet, zwei erwachsene Söhne, lebt seit mehr als 25 Jahren in Oberhavel. Seit 2016 in der AfD, seit 2019 kommunales Mandat (SVV Zehdenick und Kreistag Oberhavel) und Landtagsabgeordnete, Mitglied im Petitionsausschuss, in dem immer Beschwerden zum BER behandelt werden.



Wann haben Sie das erste Mal vom Flughafen BER gehört?

Ich habe immer mal wieder was über den BER gehört, seit angefangen wurde zu bauen. Dann die ganzen Pleiten, Pech und Pannen, die dort abgelaufen sind. Bevor ich politisch aktiv wurde, habe ich eigentlich nur das mitbekommen, was in den öffentlich-rechtlichen Medien bekannt gegeben wurde bzw. der Presse zu entnehmen war. Ich war von Anfang an gar nicht so glücklich mit dieser Entscheidung, den Flughafen dort unten in Schönefeld zu bauen, auch weil gerade für uns Menschen im Norden, in Oberhavel, der Flughafen

Tegel von der Anreise her sehr günstig lag. Insofern bestand bei mir die Hoffnung, dass man vielleicht Tegel parallel laufen lassen würde, auch noch, weil es dazu ja einen Volksentscheid in Berlin gegeben hatte. Aber es hat nicht sollen sein.

Jetzt sind Sie eine derjenigen, die aufklären sollen, was beim BER schiefgelaufen ist. Was haben Sie für Ansprüche? Was für Hoffnungen?

Da ist vieles, was es zu ermitteln gilt. Nur ein Beispiel: Hätte man das Projekt nicht stoppen müssen, als die ersten Planer hingeworfen haben oder eventuell auch

herausgedrängt worden sind? Ich habe immer noch die Fernsehbilder im Kopf, von einem ganzen riesigen Container voll Akten, die alle weggeworfen wurden. Jahrelange Planungsarbeit, Hunderttausende Euro, vielleicht sogar Millionen an Steuergeld im Müll. Also meines Erachtens hätte man da das ganze Projekt überdenken und vielleicht auch abrechnen müssen. Offensichtlich ist damals ja im Blindflug weitergebaut worden, bis die neuen Planer eingearbeitet waren. Das werden wir jetzt alles nachvollziehen, die damals Verantwortlichen befragen und abwägen.

Es gab ja unterschiedliche Standorte, die für den Flughafen im Gespräch waren. Zum Beispiel der ehemalige Militärflughafen Sperenberg. Wie denken Sie darüber?

Der Standort Sperenberg hätte durchaus Vorteile gehabt, weil er bereits entwickelt war, weil nicht so viele Menschen in der Gegend wohnen wie in Schönefeld. Dadurch wäre der Lärmschutz nicht ein massives Thema gewesen und damit keine so große Belastung für den Steuerzahler und auch kein Dauerzankapfel. Auch Nachtflüge

hätte man da wohl entspannter durchführen können. Das ergab das damals angestoßene Raumordnungsverfahren, das war auch

»Ich habe immer noch die Fernsehbilder im Kopf, von einem ganzen riesigen Container voll Akten, die alle weggeworfen wurden. Jahrelange Planungsarbeit, Hunderttausende Euro, vielleicht sogar Millionen an Steuergeld im Müll.«

die Meinung von Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe. Aber die Berliner, allen voran der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen von der CDU, haben ja darauf gedrungen, dass es der Standort Schönefeld wird. Schönefeld ist leicht von Berlin aus erreichbar, nicht so weit weg wie Sperenberg. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich das damals noch junge Land Brandenburg vom etablierten westlichen Berlin über den Tisch ziehen lassen hat. Die Leidtragenden sind jetzt die Anrainer in Brandenburg, die Berliner freuen sich, dass sie kaum noch Fluglärm haben. Mal sehen, was die damals Verantwortlichen dazu im Ausschuss sagen werden. ♦

Lars Günther, MdL

Stellvertretendes Mitglied im
BER-Untersuchungsausschuss

45 Jahre, lebt mit Familie in Bad Freienwalde (Oder). Kam über die Berufe des Metallbauers, Immobilienkaufmanns und die Tätigkeit im Verlagswesen zur Politik. Seit 2019 im Landtag. Klimapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Mitglied im Ausschuss Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz und den Untersuchungsausschüssen Corona und BER.



Wenn Sie heute vom BER hören, was geht Ihnen als Allererstes durch den Kopf?

Ich bin peinlich berührt, weil wir das Gespött der Welt sind, dass wir als Deutschland, als deutsche Nation, die schon sehr viel geleistet hat, viel Positives in der Weltgeschichte, dass wir es eben nicht mehr schaffen, einen Flughafen in angemessener Zeit zu bauen.

Wir haben seit 2012 eine Verschiebung der Eröffnung nach der anderen gesehen. Es wurde immer teurer. Es kam eine Milliarde auf die nächste Milliarde drauf. War das gut und richtig, trotz der Verschiebungen

und Kostensteigerungen weiterzumachen?

Ab einem gewissen Punkt musste man eine »Augen zu und durch«-Mentalität an den Tag legen, um das Ding endlich überhaupt fertigzustellen. Ich glaube, selbst den Verantwortlichen war lange nicht bewusst, dass so viel schiefgelaufen ist. Ich habe die Befürchtung, dass aus diesen ganzen Fehlern, die viele gemacht haben, nichts gelernt wurde, weil niemand die Verantwortung übernehmen musste.

Es liegt auch nahe, dass der eine oder andere Verantwortliche sich bereichert haben könnte. Und

deshalb soll alles mehr oder weniger sogar vertuscht werden, nach dem Motto: Flughafen fertig, alles gut. Und deshalb ist dieser Untersuchungsausschuss vielleicht die Lösung, aus Fehlern und Vergehen noch mal zu lernen für die Zukunft.

Wäre das ganze Projekt anders gelaufen, wenn nicht der Staat, wenn nicht die Bundesländer die Bauherren gewesen wären, sondern wenn es einen privaten Bauherrn gegeben hätte?

Davon ist auszugehen. Es hätte einen Generalunternehmer geben müssen, der wirklich den Hut aufhat, und nicht viele Köche, die in ihrer Küche stehen und den Brei verderben. Und vor allen Dingen wäre es auch ratsam, dass man die übliche Vorgehensweise überdenkt, immer den günstigsten Bewerber zu nehmen, sondern dass man mehr auf Qualität setzt und so eine Ausschreibung eben anders bewertet, gerade bei solchen Größenordnungen.

Wird es für den Erfolg des Ausschusses von Bedeutung sein, dass dieser mit Birgit Bessin von einer AfD-Abgeordneten geleitet wird?

Es ist tatsächlich ein großes Glück, dass Birgit Bessin diesem Ausschuss vorsitzt. Wir haben in anderen Untersuchungsausschüssen ja gesehen, wie parteiisch Vorsitzende aus dem Regierungslager agieren. Man kann so weit gehen, zu sagen, dass ein Ausschussvorsitzender der Koalition zuallererst die Regierung schützen will. Erst dann folgt der mögliche Wille zur Aufklärung. Wir haben gesehen, wie in anderen Ausschüssen Fragen der Opposition nicht zugelassen wurden und Zeugen, die die Opposition hören wollte, einfach nicht geladen wurden. Bei der BER-Aufklärung wird das nicht passieren: Ich habe Birgit Bessin in den ersten Sitzungen des BER-Untersuchungsausschusses beobachtet: Sie macht das nicht nur besonnen, freundlich und souverän. Sie macht das vor allem politisch neutral. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen, das allen Ausschussmitgliedern schon jetzt signalisiert: Unter der AfD werden keine Meinungen unterdrückt und keine Fragen geblockt. Wir wollen und müssen aufklären. Das ist für die AfD keine Parteipolitik, sondern Verpflichtung gegenüber dem Steuerzahler, dessen Milliarden in dem Projekt BER versickert sind. ♦

Kathleen Muxel, MdL

Stellvertretendes Mitglied im
BER-Untersuchungsausschuss

Seit 2016 Mitglied der AfD, seit 2019 in der Gemeindevertretung und im Landtag vertreten. Forstpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion. Langjährige Erfahrung als Sachbearbeiterin im Arbeitskreis Landwirtschaft, Forst und Gewässerschutz der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Seit Mitte der goer-Jahre ist der BER Dauerthema der Presse. Wissen Sie noch, wann Sie das erste Mal über den damals noch »BBI« genannten Flughafen gelesen haben?

Das erste Mal habe ich davon gehört, da habe ich noch an der Südlichen Weinstraße gewohnt. Ich bin ja dann erst später wieder zurück nach Brandenburg gezogen und da habe ich gehört, dass ein Flughafen gebaut wird, der ewig nicht fertig wird und den man anscheinend auf sumpfiges Gelände zu bauen versucht hat. Das waren die ersten Nachrichten, die einen in Süddeutschland erreicht haben. Als ich dann wieder

hierhergezogen bin, da lief ja Tegel immer noch und in Schönefeld wurde gebaut. Und da hat man den Flugverkehr dort, wo ich jetzt wohne, in Grünheide, auch überhaupt noch gar nicht mitbekommen. Das ist jetzt anders. Plötzlich haben auch wir mit dem Fluglärm zu kämpfen.

Die AfD hat den Untersuchungsausschuss BER eingesetzt. Gibt es eine Frage, die Sie unbedingt an einen der Verantwortlichen im Untersuchungsausschuss stellen wollen?

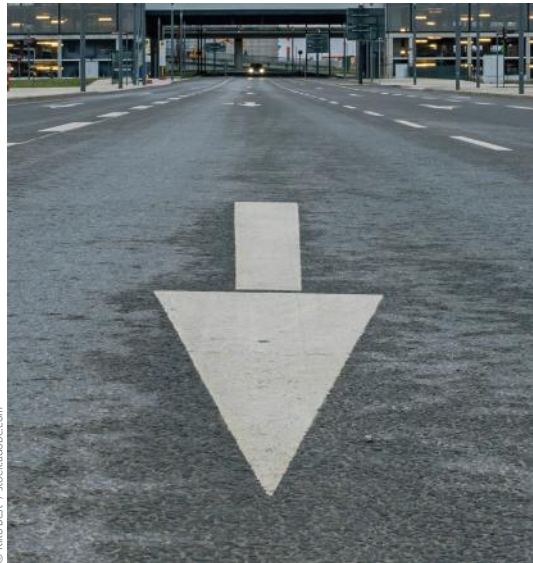
Ein großes Thema ist der Schallschutz, wie mit den Anwohnern in den vielen davon betroffenen

Regionen umgegangen wurde. Die Menschen, die dicht am Flughafen leben und die ja nicht nur den Wert ihrer Grundstücke oder den Wert ihrer Häuser, sondern ihre Lebensqualität komplett verloren haben – um die geht es. Um die Gegenden, wo es nicht dazu kam, dass auf die Menschen zugegangen wurde und man den Lärm- schutz vernünftig geregelt hat.

Dann stellt sich natürlich die Frage: Was ist denn in den Anfängen passiert, warum hat man nicht ein geeigneteres Gelände gesucht? Brandenburg ist groß, eine Bahnstrecke kann man überall hinbauen. Man hat eben nicht ein Gelände gesucht, das wesentlich besser dafür geeignet wäre, was nicht so viele Ortschaften drumherum hat und wo nicht so viele Anwohner involviert gewesen wären. Was treibt diese Landesregierung, sich ständig falsche Standorte zu suchen? Bei Tesla ist das ja nicht anders gelaufen.

Geht es im Untersuchungsausschuss nun darum, den Schuldigen zu benennen, oder darum, für die Zukunft zu lernen?

Es wird im Untersuchungsausschuss sicherlich nicht so laufen,



© Rito Best / stocksubbie.com

wie sich der Bürger das vielleicht wünscht: Wir finden jetzt ein, zwei oder drei Schuldige und die werden dafür bestraft. Das wird nicht der Fall sein – weder politisch noch finanziell. Sondern es muss darum gehen, klarzustellen, wie in der Zukunft solche Katastrophen bei Großprojekten verhindert werden können. Warum geht das in Brandenburg immer wieder in die Hose? Was sind die Ursachen dafür?

Und wir müssen prüfen: Haben wir einen Filz, den wir nicht durchdringen? Haben wir Interessen, die wichtiger sind als die Interessen des Steuerzahlers und des Bürgers? Was ist der Grund? Das alles wollen wir herausfinden! ♦

Peter Drenske, MdL

Stellvertretendes Mitglied im
BER-Untersuchungsausschuss

62 Jahre, aus der Region Finsterwalde, Metzger und Ingenieur für Fleischwirtschaft. War 30 Jahre selbstständig. Seit 2014 in der AfD. 2019 mit Direktmandat in den Landtag eingezogen. Mitglied im Landwirtschaftsausschuss und umweltpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.



Wenn Sie die drei Buchstaben BER hören, was geht Ihnen als Allererstes durch den Kopf?

Korruption, Machtmissbrauch und Intrigen.

Sie haben den BER sicherlich verfolgt in der Zeit, als er gebaut, als er geplant wurde. Hätten Sie je damit gerechnet, dass Sie heute als Abgeordneter aufklären müssen, was da schiefgelaufen ist?

Mit Sicherheit nicht. Aber ich habe innerhalb der Familie mit meinem Schwiegervater viel darüber diskutiert. Der war jahrelang Baudirektor. Und damals hat

er schon gesagt: Das Schlimmste ist, wenn sich Politiker in eine Facharbeit einmischen, von der sie keine Ahnung haben. Und er fand es absurd, dass Vertreter der Politik im Aufsichtsrat eines Bauunternehmens sitzen. Was sollten diese Menschen dort positiv beeinflussen?

Also das war schon das Erste. Das Zweite war die Standortfindung: Sperenberg war ja lange in der Diskussion. Man hat gesagt, da sei viel mehr Platz und die Wege dorthin sind ja letzten Endes sowieso relativ, wenn man bedenkt, dass auch der Münchner Flughafen sehr weit außerhalb liegt. Das hat mich sehr stutzig gemacht.



Dann kam der Messias Mehdorn auch noch als Chef dorthin. Jeder kennt ihn als knallharten Sanierer. Ich aus meiner Tätigkeit als Subunternehmer für die Deutsche Bahn. Und da habe ich miterlebt, wie ein hochbezahlter Manager wie Mehdorn die Bahn zugrunde gerichtet hat und dafür noch gefeiert wurde. Das muss heute alles wieder aufgebaut werden. So einen Menschen dann noch in den Vorstand des BER zu bringen, war von vornherein problematisch. Das sind alles Aufsichtsratsfehler gewesen, die zu den Milliarden Mehrkosten geführt haben. Und das hat mich dazu bewogen, in den Untersuchungsausschuss zu gehen und da mal zu gucken: Wer ist denn dafür verantwortlich, dass kleine Gewerbe ruiniert wurden, weil der BER nicht rechtzeitig fertig wurde? Und das,

während die Planungsfirmen, die Millionen schon im Vorfeld verdient hatten, noch nachträglich Aufträge bekamen, trotz ihrer desolaten Planungsarbeit.

Gibt es denn jemanden, dessen Befragung im Ausschuss Sie als besonders wichtig ansehen würden, um endlich mal Klarheit in der einen oder anderen Sache zu bekommen?

Nein, im Moment noch nicht, aber ich gehe davon aus, dass ich in den Unterlagen, die wir jetzt lesen, etwas finden werde, was darauf schließen lässt, dass es sich bei vielen Tätigkeiten nur um Lobbyismus handelte und nicht darum, wirklich einen Flughafen tragfähig und schnell zu planen und zu bauen. Und die Verantwortlichen laden wir dann vor! ♦



Afd | FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
 0331 966 1806
 info@afd-fraktion.brandenburg.de

 Afd-Fraktion Brandenburg
 t.me/afdfraktionBB
 [afdfraktionbb](https://www.instagram.com/afdfraktionbb)
 Afd-Fraktion Brandenburg
 [Afd_FraktionBB](https://twitter.com/Afd_FraktionBB)
 www.afd-fraktion-brandenburg.de